

Aktuell

20. Juni 2022

Besoldungsfragen standen im Vordergrund: Gespräch mit Justizminister und Staatssekretär



Am vergangenen Mittwoch, 15.6.2022 trafen sich – nach einer längeren, Corona-bedingten Pause, Mitglieder des Vorstandes des rheinland-pfälzischen Landesverbandes des deutschen Richterbunds (Vors. OStA a.D. Thomas Albrecht, Geschäftsführer ROLG Dr. Jan Keppel, VRinOLG Schilz-Christoffel, OStA'in Dr. Petra Zimmermann, RinOLG Martina Kohlmeier, RinAG Sandra Wingenter) mit Justizminister Herbert Mertin und Staatssekretär Dr. Matthias Frey zu einem 2 ½ Stunden andau-

ernden Meinungsaustausch über aktuelle Entwicklungen in der rheinland-pfälzischen Justiz. Ebenfalls anwesend war der Leiter der Abteilung I Fabian Scherf.

Minister Mertin und Staatssekretär Frey bedankten sich zunächst bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der rheinland-pfälzischen Justizfamilie für den unermüdlichen Einsatz gerade auch in Pandemiezeiten.

Im Vordergrund des Meinungsaustauschs standen Fragen der

- **Besoldung**

Frau Schilz-Christoffel legte noch einmal ausführlich die Position des Deutschen Richterbundes zur Besoldung dar. Nach den aktuellen Berechnungen eines sehr erfahrenen Mitglieds der Expertenkommission des DRB ist die Besoldung in Rheinland-Pfalz für das Jahr 2021 verfassungswidrig.

Der Minister verwies auf die geplante Besoldungserhöhung für das Jahr 2022. Ob damit die Besoldung nunmehr als verfassungsgemäß einzustufen ist, wird erst nach weiteren Berechnungen einschätzbar sein. Insoweit wird es unter anderem darauf ankommen, ob die Tariflöhne und die Nominallöhne in Rheinland-Pfalz in diesem Jahr zumindest im gleichen Umfang steigen wie die Beamtenbesoldung; außerdem wird zu prüfen sein, ob nunmehr die Einhaltung des sog. Mindestabstandsgebots in der rheinland-pfälzischen Besoldung gewahrt ist. Der Richterbund wird hierzu im Herbst neue Berechnungen vornehmen, da erst dann belastbare Zahlen zu den einzelnen Parametern, bezogen auf das Jahr 2022, vorliegen; über die Ergebnisse werden wir zeitnah informieren.

- **Wegstreckenentschädigung**

Neben dem Richterbund setzen auch andere Berufsvertretungen und –verbände für eine Anpassung ein. Das zuständige Finanzministerium lehnt eine solche ab. Es wurden nochmals nachdrücklich die für eine Anpassung sprechenden Argumente vorgebracht. Minister Mertin sagte zu, diese noch einmal an das Finanzministerium weiterzuleiten und äußerte gerade im Hinblick auf aktuelle Preissteigerungen Verständnis für die Forderung des Richterbunds.

- **Elektronische Akte** (Umsetzungsstand in RLP)

Im Gespräch mit Herrn Minister werden zunächst die Stabilitätsprobleme zum Jahreswechsel thematisiert. In diesem Zusammenhang berichtet Herr Minister von der Justizministerkonferenz und dass die Probleme mit der eAkte in anderen Ländern noch deutlich größer seien als in Rheinland-Pfalz. Herr Scherf schildert die sehr kosten- und personalintensiven technischen Überarbeitungen der derzeit verwendeten e-Akte Umgebung. Bis 2023 soll diese aktuell noch genutzte Serverumgebung durch eine neu aufgebaute Umgebung ersetzt werden, wovon sich die IT-Fachkräfte eine deutliche Steigerung der Stabilität und Performance versprechen. Herr Scherf weist allerdings darauf hin, dass es immer wieder zu unvorhergesehenen technische Probleme kommen könne, dass diese jedoch zwischenzeitlich durch den Landesbetrieb und die zahlreichen IT-Dienstleister schnell und professionell behoben würden.

Als problematisch wird die personelle Ausstattung beim LDI vom Richterbund thematisiert. Dr. Jan Keppel machte konstruktive Vorschläge, wie die Situation verbessert werden könne. Insbesondere regte er an, mehr eigenes Personal einzustellen und dadurch den LDI zu entlasten. Herr Scherf schildert, dass dies teilweise schon geschehe, es aber am derzeitigen Arbeitskräftemarkt schwierig sei, entsprechend qualifiziertes Personal für die Justiz zu gewinnen.

- **Nachwuchsgewinnung**

Es gelingt derzeit –durch verschiedene Personalmaßnahmen, insbesondere frühes Ansprechen geeigneter Referendarinnen und Referendare und Veranstaltung von Karrieretagen, ausreichend qualifizierte Richterinnen und Richter zu gewinnen. Das Interesse der Bewerberinnen und Bewerber an einer Tätigkeit bei einer Staatsanwaltschaft ist nicht ganz so ausgeprägt.

- **Änderung §§ 7, 8 WOLRiG pp. – Verlängerung der 3 Wochen-Frist**

Die Kürze der Frist stellt die Berufsvertretungen vor große Herausforderungen. Es wurde gebeten zu prüfen, ob eine Verlängerung der Fristen in Betracht kommt. Es wurde Verständnis für die Problematik geäußert und zugesagt, dass eine Verlängerung der Fristen, mit denen wir die Wahlvorschläge für die Wahlen zum Hauptrichter- und Hauptstaatsanwaltsrat einreichen müssen, wohlwollend geprüft wird.

- **Beihilferegulung – insb. Kostendämpfungspauschale**

Der Richterbund erneuerte die Forderung nach Abschaffung der Pauschale, wie jüngst in Nordrhein-Westfalen geschehen. Nach Mitteilung von Minister Mertin kann man indes nicht damit rechnen, dass dies in Rheinland-Pfalz zeitnah geschehen wird. Eine entsprechende politische (aus Sicht des Richterbundes wenig hilfreiche) Initiative der Opposition ist erst jüngst im Landestag gescheitert.

Im Übrigen besteht offensichtlich noch ein weitgehender Informationsbedarf über die Einzelheiten der Kostendämpfungspauschale. Beispielsweise wissen viele nicht, dass die Kosten für Krebsvorsorge auf die Pauschale nicht angerechnet werden dürfen. Teilweise wendet auch die Beihilfestelle die Regelungen falsch an. Hierzu folgt ein Informationsschreiben.

- **Pakt für den Rechtsstaat**

Minister Mertin informierte über die Ergebnisse der Justizministerkonferenz und hierbei insbesondere über die gemeinsamen Forderungen der Länder zur Fortführung des Paktes für den Rechtsstaat, und betonte, dass er sich dafür einsetzen werde, dass der Pakt für den Rechtsstaat nicht nur fortgeführt, sondern intensiviert wird. Nur durch eine angemessene Ausstattung könne die Justiz die vor ihr liegenden Aufgaben, insbesondere auch im Hinblick auf die Digitalisierung, meistern. Thomas Albrecht betonte in diesem Zusammenhang, dass auch wichtig sei, dass der Bundesgesetzgeber die Justiz nicht mit immer neuen Gesetzesvorhaben zusätzlich belaste.

Impressum

Herausgeber:

Deutscher Richterbund – Landesverband Rheinland-Pfalz
Thomas Albrecht
Kaiser-Augustus-Str. 3
54296 Trier
www.richterbund-rlp.de